

Gernot Graeßner/Ingeborg Pistohl

Allgemeine und Politische wissenschaftliche Weiterbildung

Wissenschaftliche Weiterbildung erstreckt sich prinzipiell auf die wissenschaftliche Bearbeitung aller menschlichen Lebensbereiche und aller gesellschaftlichen Probleme. Sie geht dabei über im engeren Sinne berufsbezogene Angebote weit hinaus; wissenschaftliche Weiterbildung gehört zu den allgemeinen Aufgaben der Hochschulen, in denen es um Pflege der Wissenschaften durch Forschung, Lehre und Studium geht. Wissenschaftliche Weiterbildung orientiert sich in besonderer Weise an den Interessen und Bildungsbedürfnissen ihrer Adressaten. Dabei steht wissenschaftliche Weiterbildung - wie die Erstausbildung auch - in einem Spannungsfeld von Bildung und Aufklärung durch Wissenschaft und beruflicher Qualifizierung im Hinblick auf technisch-ökonomische Zwecke.

Demokratisch-reformerische Begründungen und Zielsetzungen liegen in der Tradition universitärer Erwachsenenbildung. Sie beinhalten als zentrales Moment den Aspekt der (Allgemein-)Bildung und Aufklärung durch Wissenschaft, wodurch ein Beitrag zur Gestaltung von Demokratie erbracht wird. Eine moderne Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß möglichst alle Mitglieder zu rationalen, vorurteilsfreien wissenschaftlich begründeten Wertungen und Sachurteilen gelangen können. In diesem Zusammenhang können Hochschulen beispielsweise ein Ort der Erinnerungsfähigkeit an soziale und politische Prozesse und ihre historischen Zusammenhänge ebenso sein wie ein Ort für die Thematisierung von Entwicklungen für die Zukunft. Wissenschaftliche Weiterbildung bietet die Möglichkeit einer sozialen Teilhabe an wissenschaftlicher Forschung, wie sie in öffentlicher Verantwortung realisiert wird. Sie bietet insbesondere die Möglichkeit, einen regionalen und kulturellen Bezug von Wissenschaft herzustellen. Wissenschaftliche Weiterbildung erschließt somit die Hochschulen für neue Adressatengruppen. Durch deren Beteiligung an Wissenschaft wird ein neues Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit bewirkt.

In den letzten 30 Jahren, d.h. schon vor dem Hochschul-Rahmengesetz (HRG), haben z.B. Sekretariate/Zentralstellen/Kontaktstellen für wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen zum Teil in Kooperation mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung Angebote allgemeiner, Politischer und kultureller Weiterbildung entwickelt und durchgeführt; diese bezogen sich auf die Bereiche der individuellen Lebensgestaltung ebenso wie auf die Beteiligung an der Gestaltung von Prozessen politischer Willensbildung und Entscheidung. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit

solcher Angebote hat sich in jüngster Zeit noch verstärkt. Dabei werden neue Angebotsformen für neue Zielgruppen allgemeiner wissenschaftlicher Weiterbildung erprobt. Bei einer offensichtlichen Zunahme an Komplexität aller gesellschaftlichen Lebensbereiche wachsen Orientierungsbedürfnisse; das Bedürfnis nach Reflexion und Kreativität bei der Bewältigung von individuellen Lebenskrisen und ebenso von sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen führt zu neuen Erwartungen gegenüber der Leistung von Wissenschaft. Die wissenschaftliche Weiterbildung nimmt diese Erwartungen in unterschiedlichen Arbeits-/Studienformen auf.

Ebenso ist es die Aufgabe von wissenschaftlicher Weiterbildung, über den Wissenschaftsprozess von seinem Entstehungszusammenhang bis hin zu den Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die gesellschaftliche Entwicklung zu informieren und neue Möglichkeiten einer realistischen Einschätzung von Wissenschaft zu schaffen. Hierzu gehört es auch, Denk- und Arbeitsweisen zum Erklären und Verstehen wissenschaftlicher Probleme in die Weiterbildung einzubeziehen. Furcht und Skepsis gegenüber neuen Erkenntnissen und ihren praktischen Anwendungen können über diesen Weg dort, wo sie unbegründet erscheinen, abgebaut werden. Andererseits besteht über den gleichen Weg die Möglichkeit, Wissenschaft einer kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Praxis in einer geeigneten Form auszusetzen. Dies setzt jedoch voraus, daß die Ergebnisse der Forschung und ihre Arbeitsweise der Öffentlichkeit insoweit zugänglich und verständlich gemacht werden, wie der einzelne Mensch sie braucht, um seine Lebenswelt zureichend zu verstehen und Grundlagen für seine persönlichen Entscheidungen zu treffen. Der hierzu erforderliche Lehr- und Lernprozeß läßt sich in Formen allgemeiner wissenschaftlicher Weiterbildung realisieren.

Demokratie erfordert die Zugänglichkeit von Wissenschaft für die Öffentlichkeit. Wissenschaftliche Weiterbildung in der Trägerschaft der Hochschulen und ebenso in der Kooperation mit außeruniversitären Institutionen ist hierfür ein geeignetes Mittel. Allerdings darf wissenschaftliche Weiterbildung nicht der Beliebigkeit oder Zufälligkeit überlassen werden, sondern muß institutionell durch eine Infrastruktur sichergestellt werden, die der internen und externen Kommunikation dient.

Die für die Entwicklung demokratischer Gesellschaften notwendige prinzipielle Öffentlichkeit von Wissenschaft gewinnt aktuell an Bedeutung in einem praktischen Verwendungszusammenhang, aus dem heraus neue politisch und gesellschaftlich relevante Problemlagen und Fragestellungen entstehen. Bio- und Gentechnologie, Kernenergie, Ökologie, Mikroelektronik, Neue Medien, Friedenssicherung, die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und die internationale Verflechtung politischer Entscheidungsprozesse sind Stichworte, die daran erinnern, daß die Suche nach neuen

konsensfähigen politischen Konzeptionen und der Bedarf an Orientierungswissen die für die Politische Erwachsenenbildung zentralen Herausforderungen darstellen.

Bei der Bearbeitung dieser Fragen, in denen auch die Erörterung von Technikfolgen und die Abschätzung künftiger Auswirkungen bei der Anwendung von Forschungsergebnissen eine wesentliche Rolle spielen, zeigt sich jedoch, daß der Bezug auf eine einzelne Disziplin der Komplexität der hier zu vermittelnden Sachverhalte nicht gerecht wird, die Differenzierung der Angebote also nicht nach den einzelnen Fachwissenschaften, sondern nach gesellschaftlichen Problemlagen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Zielgruppen erfolgen muß. Die im jeweiligen Zusammenhang entscheidenden Beiträge der beteiligten Fachwissenschaften sollten zu interdisziplinären Angeboten unter übergreifenden Fragestellungen zusammengefaßt werden.

Die Einrichtungen der Politischen Erwachsenenbildung, die sich den neuen Herausforderungen stellen, bedürfen bei der Wahrnehmung der ihnen daraus erwachsenen Aufgaben der Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Neue Themen und Politikfelder erfordern neue Kompetenzen. Sie beruhen nicht nur auf der Aneignung neuen Wissens in solchen Disziplinen, die - wie die Naturwissenschaften - traditionell eher nicht zu den Bezugswissenschaften der Politischen Bildung zählen, sondern auch auf der Fähigkeit, die wesentlichen Inhalte, Methoden und Kategorien unterschiedlicher fachlicher Grundlagen, je nach Themenstellung und Erkenntnisziel sowie bezogen auf die unterschiedlichen Lebenswelten und Lernvoraussetzungen ihrer Teilnehmer, zu einem Angebot zu integrieren.

Das dazu notwendige Kontextwissen erfordert eine wissenschaftliche Weiterbildung der Mitarbeiter, die interdisziplinär angelegt sein müßte. Die Entwicklung solcher interdisziplinären Angebote, über deren inhaltliche Schwerpunkte wie über die zeitliche Gestaltung der Angebote und die Kriterien, nach denen Teilnahmevoraussetzungen und Leistungsbewertungen festgelegt werden, sich die Hochschulen mit den Organisationen Politischer Bildung verständigen müßten, sollte in Form von Modellprojekten gefördert werden.

Für die Praxis Politischer Bildung ergibt sich Kooperationsbedarf mit den Hochschulen auch bei der Aufarbeitung von Forschungsergebnissen entsprechend den jeweiligen Bedarfslagen zu Lehr- und Lernmaterial, das der Komplexität der zu vermittelnden Sachverhalte gerecht wird. Die Entwicklung gemeinsamer interdisziplinärer Projekte für die Praxis Politischer Erwachsenenbildung wäre ein weiteres Kooperationsfeld; es eröffnet der Hochschule die Möglichkeit, Zielgruppen anzusprechen, die ihr sonst fernbleiben, die aber von den Einrichtungen der Politischen Erwachsenenbildung erreicht werden. Damit können nicht nur - wie bereits erwähnt -

die Hochschulen für neue Gruppen erschlossen werden, sondern es ergibt sich dabei auch die Gelegenheit, wissenschaftliche Fragestellungen um Fragestellungen aus anderen Lebenswelten zu erweitern. Solche gemeinsamen Projekte können als Foren einer öffentlichen und offenen Diskussion organisiert werden, die der sachlichen Aufklärung sowohl über wissenschaftliche Sachverhalte als auch über die sozialen, politischen und ökologischen Implikationen der wissenschaftlichen Arbeit dienen sollen.

Eine Begrenzung auf bestimmte Themen und Inhalte ist nicht möglich angesichts des alle Lebensbezüge betreffenden Bereichs des Politischen. Allerdings hat Politische Bildung auch eine spezifische Aufgabe, die sie nicht nur als Prinzip erscheinen lassen darf. Sie zielt auf die politische Existenz des einzelnen, die sich von anderen Existenzbereichen zwar unterscheiden, aber nicht abgrenzen läßt.

Anmerkung

Dieser Text beruht auf einem Arbeitspapier, welches die vorläufigen Ergebnisse bislang nicht abgeschlossener Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen fixiert, die sich mit den Aufgaben der Hochschulen im Bereich der Weiterbildung und Möglichkeiten der Kooperation zwischen Hochschulen und anderen Trägern der Weiterbildung befassen.